

F+ Ob kaufen oder erobern – die USA wollen Grönland auf jeden Fall übernehmen

Es ist ausgeschlossen, dass die NATO nach einer US-Übernahme Grönlands wie bisher existieren könnte. Die Abschreckungsdoktrin wäre dahin. Mit einem Sondergesandten für Grönland haben die USA schon Fakten geschaffen

Von **Johannes Varwick**

08.01.2026



Dass ein NATO-Staat einen anderen NATO-Staat angreifen oder auch nur bedrohen könnte, ist nicht vorgesehen in der Bündnislogik, die sich um die Abwehr eines Feindes von außen dreht. Zwar gab es solche Konstellationen bereits in der mehr als 70-jährigen Geschichte der Allianz, etwa zwischen der Türkei und Griechenland. Aber dass die Führungsmacht des Bündnisses unverhohlenen Gebietsansprüche gegen einen Bündnispartner geltend macht, ist neu. Und war vor Donald Trump unvorstellbar.

Zwar beherbergt Grönland, ein autonomes Inselgebiet des Königreichs Dänemark mit rund 57.000 Einwohnern, bereits seit Jahrzehnten eine US-Militärbasis. Doch mit der zunehmenden Bedeutung der Arktis, unter anderem mit der durch den Klimawandel verursachten Eisfreiheit und deren Konsequenzen für globale Lieferketten und Schiffsrouten, verändert sich die Gemengelage. Das haben auch Russland und China erkannt, die zunehmend in der Region präsent sind.

Der US-Präsident meint deshalb, man brauche Grönland unbedingt. „Acqui-

ring Greenland“ ☐ sei eine Priorität der nationalen Sicherheit der USA, so auch die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt. Dazu würden diverse Optionen geprüft, die militärische sei eine davon. Trumps stellvertretender Stabschef, Stephen Miller ☐, findet, Grönland solle Teil der Vereinigten Staaten werden. Seine Ehefrau postete gar auf X eine Karte der Insel mit der US-Flagge. „Bald“ werde es soweit sein, schrieb sie dazu.

Vizepräsident JD Vance fordert bereits im März 2025 die Unabhängigkeit des Territoriums von Dänemark

Nun lässt sich „Acquiring“ wahlweise mit „Erwerb“ oder „Übernahme“ übersetzen, wobei in Washington erkennbar drei Optionen ventiliert werden: die Variante einer Unabhängigkeitserklärung Grönlands mit anschließender Eingliederung in die USA, der Kauf des Gebietes und eine gewaltsame Annexion der riesigen Insel. Befördert wird dieses Denken durch vermeintliche Erfolge durch den Einsatz überlegener amerikanischer Hard Power bei der Operation „Midnight Hammer“ gegen Iran Ende Juni 2025 bis zum Militärschlag und zur Entführung von Nicolás Maduro aus Venezuela.

Wer solcherlei Überlegungen für eine Laune Trumps hält, der hat weder diesbezügliche Verlautbarungen in seiner ersten Amtszeit ab 2017 noch die neue US-Sicherheitsstrategie, noch das bereits längere Grundrauschen in Washington zu dieser Frage hinreichend zur Kenntnis genommen.

So besuchte Vizepräsident JD Vance im März 2025 Grönland und forderte die Unabhängigkeit des Territoriums von Dänemark. Die Menschen in Grönland werden Selbstbestimmung haben, sagte Vance damals. Er hoffe, dass sie sich für eine Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten entscheiden, denn die USA seien die einzige Nation auf der Erde, die Souveränität respektieren und Sicherheit bieten werde. Kurz vor Weihnachten ernannte Trump dann den republikanischen Gouverneur von Louisiana, Jeff Landry ☐, als Sondergesandten für Grönland. Damit sollte wohl vor allem eines deutlich gemacht werden, Grönland wird getrennt von Dänemark behandelt.

Wie gesagt, eine weitere Option ist der Kauf des Territoriums, wie das Außenminister Marco Rubio laut Wall Street Journal jüngst intern vorgeschlagen hat. Grönland mithin als 51. Bundesstaat der USA. Dänemark hat dies bereits ausgeschlossen, und auch in Grönland selbst scheint es dafür keine Mehrheit zu geben. Die mildere Variante wäre ein Abkommen, das es den US-Streitkräften ermöglichen würde, ohne Einschränkungen auf Grönland zu operieren, womöglich im Gegenzug dafür, dass die USA Sicherheiten, bestimmte Dienstleistungen und zollfreien Handel bieten.

Kommt die Bedrohung für die NATO nunmehr weniger aus dem Osten als aus dem Westen?

Während sich die USA alles in allem klar exponieren, haben sich sieben europäische Länder – allesamt NATO-Mitglieder – mit Dänemark solidarisiert. Es sei „allein Sache Dänemarks und Grönlands, über Angelegenheiten zu entscheiden, die Dänemark und Grönland betreffen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Großbritannien und Dänemark vom 6. Januar. Die NATO habe deutlich gemacht, dass die Arktis eine Priorität sei, heißt es in der Erklärung. „Wir und viele andere Verbündete haben unsere Präsenz, Aktivitäten und Investitionen verstärkt, um die Arktis zu schützen und Gegner abzuschrecken.“

Doch was, wenn Washington der Gegner ist?

Sollte Trump sich für eine militärisch flankierte Übernahme Grönlands entscheiden, könnte ihn niemand davon abhalten. Die US-Armee wäre in der Lage, eine beliebige Anzahl von Streitkräften auf Grönland zu landen, entweder auf dem Luft- oder Seeweg. Was daraus folgen könnte, wäre die Proklamation, dass es sich fortan um amerikanisches Territorium handelt.

Bewaffneter Widerstand dagegen wäre zwecklos. Der NATO bliebe dann nicht einmal die politische Verurteilung, denn jede Entscheidung im Bündnis könnte mit amerikanischem Veto verhindert werden. Dass die westliche

Militärallianz jedoch nach einem solchen Manöver weiter existieren könnte, ist mehr als unwahrscheinlich.

Politisch dürfte all dies also nur zu hohen Folgekosten machbar sein. Es ist noch nicht entschieden, ob die USA soweit gehen und die historische Gunst der Stunde nutzen wollen, um ihr angespanntes Verhältnis zu den überlieferten transatlantischen Beziehungen auf diese Weise zu klären. Die Schweißperlen in der NATO werden den Verantwortlichen derzeit weniger durch die Bedrohungen aus dem Osten auf die Stirn getrieben. Sie kommen nunmehr aus dem Westen. Warum eigentlich hat sich NATO-Generalsekretär Mark Rutte dazu noch nicht erklärt? **F**